

# FÜR EINEN GEMEINSAMEN WEG AUS DER KRISE

## Die «Ruinaulta»-Gemeinden setzen sich für ihre Betriebe ein

Von Franco Brunner

In den Bündner Medien war in der vergangenen Woche die Rede von einem «ausserordentlichen Schritt». Gemeint war der von insgesamt 16 Bündner Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten unterzeichnete dringende Appell an die Bündner Regierung mit der Forderung um finanzielle Soforthilfe für Corona-geschädigte Unternehmen. In dem vom Davoser Landammann Philipp Wilhelm initiierten Appell forderten die Gemeindeoberen die Regierung dazu auf, für eine finanzielle Abfederung der Corona-Ausfälle der Wirtschaft zu sorgen. Man sehe sich verpflichtet, mit dem Schreiben ein Stimmungsbild aus den Gemeinden zu geben, liess Wilhelm verlauten. Denn die Lage sei ernst. Mit Elita Florin-Caluori (Bonaduz), Erich Kohler (Domat/Ems), Martin Hug (Flims) und Franz Gschwend (Laax) haben diesen Appell auch eine Gemeindepräsidentin und drei Gemeindepräsidenten aus der «Ruinaulta»-Region mitunterzeichnet. Die «Ruinaulta» hat bei den jeweiligen Gemeindevertretern nachgefragt, weshalb man sich für diesen Schritt entschieden habe und was man sich davon verspreche – und zumindest von fast allen Unterzeichnenden auch eine prompte Rückmeldung erhalten.

«Es war wichtig und richtig, auch aus Sicht der Gemeinden ein konkretes Signal nach aussen zu senden», sagt etwa der Flimser Gemeindepräsident Martin Hug. Die Gemeinden seien am direkten Puls des Geschehens und würden die Sorgen und Nöte der KMU-Betriebe kennen. Und diese Sorgen und Nöte seien nun mal gross. «Die Unternehmungen, welche mit den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zu kämpfen haben, sollen schnell und unkompliziert unterstützt werden», sagt Hug weiter. Schliesslich würden Existenzen und Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Daher sei es auch wichtig gewesen, mit dem Schreiben die Dringlichkeit zu unterstreichen. Dies sehen auch Hugs Amtskollegen so. «Alle Gemeinden sind von der wirtschaftlichen Situation im Kanton und von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage abhängig», sagt etwa die Bonaduzer Gemein-

depräsidentin Elita Florin-Caluori. Denn die finanziellen Auswirkungen der aktuellen Situation würden direkt und indirekt auch die Gemeinden treffen.

Doch was genau erwarten respektive erhoffen sich die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter nun konkret von der Bündner Regierung? «Ich erwarte, dass die Regierung uns aktiv wahrnimmt und sich mit Engagement für die wirtschaftliche Situation einsetzt, insbesondere für diejenigen Betriebe, welche von den Corona-Massnahmen hart getroffen werden», sagt Florin-Caluori diesbezüglich. Gemäss dem Emser Gemeindepräsidenten Erich Kohler soll der Appell aufrütteln und Bündner Betriebe vor Konkursen, welche den Steuerzahler ein Vielfaches kosten würden, bewahren. «Mit der angepassten Härtefallverordnung haben Bund und Kanton bereits reagiert und die Anspruchsvoraussetzungen gelockert», führt Koller aus. Nun soll der Kanton in der Umsetzung seinen Spielraum nutzen und die Auflagen für Bürgschaften, Garantien, Darlehen und À-fonds-perdu-Beiträge lockern. Auch Elita Florin-Caluori zeigt sich erfreut über die Tatsache, dass der Bundesrat und die Bündner Regierung die Bedingungen bezüglich Härtefallhilfe gelockert haben. Auf

dem Weg zu einer schnellstmöglichen Umsetzung dieses Themas könnten die Gemeinden dem Kanton selbstverständlich politische Unterstützung bieten, erklärt Florin-Caluori weiter. Martin Hug erwartet im Namen der betroffenen Unternehmungen jetzt erstmal ein schnelles, konkretes Handeln, wie er sagt. Es gehe darum, faire und ausgewogene Lösungen zu finden, ohne jedoch reine Strukturerhaltung zu betreiben. Es sei aus seiner Sicht jedoch auch wichtig, dass die Gemeinden nun gegenüber der Regierung Solidarität zeigen und dem Kanton auch helfen würden, gemeinsam aus dieser Krise wieder herauszufinden.

Die hiesigen Gemeindevertreter stellen also nicht bloss Forderungen an Bund und Kanton, sondern wollen, wo möglich, auch selber aktiv werden. «Im Emser Parlament wurden bereits diverse Vorstösse breit diskutiert», sagt Erich Kohler. Zurzeit werde das Postulat «Unterstützung des Mittelstandes» behandelt. Diverse Formen von Unterstützungsmassnahmen seien in Diskussion. Martin Hug sieht die Gemeinden hauptsächlich in einem zweiten Schritt gefordert, wie er erklärt. Denn im Sinne von Sofortmassnahmen gehe es in einem ersten Schritt darum, mittels Krediten die betroffenen Unternehmungen mit Liquidität zu versorgen und die Zeit bis zur Ausrichtung von À-fonds-perdu-Mitteln zu überbrücken. Eine Aufgabe, die Bund und Kanton angehen müssen. In einem zweiten Schritt werde es aber schon sehr bald darum gehen, Unterstützung beziehungsweise Anschubhilfe bei dringend nötigen Investitionen zu geben. Und hier würden neben Bund und Kantonen auch die Gemeinden und Regionen eine wichtige Rolle übernehmen können, ist sich Hug sicher. Sei es bei der Gestaltung von guten Rahmenbedingungen für die Standortentwicklung oder in Form finanzieller Beteiligungen an wichtigen Destinationsprojekten.

Anzeige



**BESICHTIGUNGEN  
BRAUSEMINARE  
APÉROS  
RUNDGÄNGE**



Hauptstrasse 36, 7278 Davos Monstein  
biervision-monstein.ch

